

Arnold Vaatz, seit 2002 Mitglied im Bundesvorstand **CDU** sowie stellvertretender Fraktionsvorsitzender **der CDU/CSU**, wertete den Einsatz der DDR-Flüchtlinge in klaren Worten: „*Jenen, denen Freiheit wichtiger war als Geld und Gut, Heimat und die Nähe zu Freunden, ist viel zu verdanken. Ohne sie wäre uns die DDR erhalten geblieben.*“
(Der Tagesspiegel, 30.9.1999)



Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ kämpft seit vielen Jahren für die Anwendung geltenden Rechts und gegen die vorgenommene willkürliche und grundgesetzwidrige



Verwaltungsentscheidung der Bundesregierung. Eine verfassungsrechtliche

Überprüfung, wie von der CDU/CSU immer wieder behauptet wird, hat es nie gegeben.

Die SPD hat bereits seit längerer Zeit einen unbedingten Handlungsbedarf erkannt. Deshalb hat sie am 13.04.2012 im Bundestag den Antrag 17/5516 "DDR-Altübersiedler und -Flüchtlinge vor Rentenminderung schützen" eingebracht.



Seit Dezember 2013 wird das zuständige Ministerium von der SPD geführt. Dieses setzt jedoch seine Blockadehaltung in Übereinstimmung mit der Kanzlerin fort. Die Ministerin Andrea Nahles ist somit aufgefordert, die Umsetzung des damals formulierten Willens ihrer Partei und damit die Wiederherstellung der Legalität herbeizuführen.

Wir fordern die umgehende Wiederherstellung des verletzten Rechts!



Bitte besuchen Sie uns im Internet unter:

<http://www.flucht-und-ausreise.info> oder www.iedf.de

E-Mail: vorstand@iedf.de

Die Mitglieder sind die Basis unserer Arbeit.

Bitte unterstützen Sie uns als aktives Mitglied, oder werden Sie Förderer für unsere Interessen.

Mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen Sie unsere Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und, falls Sie möchten, durch eigene Aktivitäten.

Spenden:

Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. ist unabhängig und gemeinnützig.

Öffentlichkeitsarbeit, medienwirksame Aktionen und unser Kampf für die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit werden durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Privatpersonen finanziert.

Bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende auf unser

Konto- Nr.: 0437749

BLZ: 670 700 24 Deutschen Bank Mannheim

IBAN DE50 67070024 0043 7749 00

BIC DEUTDE33MAN

IG ehem. DDR- FLÜCHTLINGE

Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

Zwei Jahrzehnte Diskriminierung der „Republikflüchtigen“



picture alliance / dpa / Robert Schlesinger

Im Laufe der 90-er Jahre wurden, ohne Mitwirkung des Gesetzgebers, unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit und ohne Information an die Betroffenen die bei der einstigen Eingliederung begründeten Rechtspositionen unter Missachtung rechtsstaatlicher Normen gelöscht.

- Die Bundeskanzlerin **Angela Merkel** schweigt
- Der Bundespräsident **Joachim Gauck** schweigt
- **Ehemalige DDR-Bürger wie wir, jedoch nicht „republikflüchtig“**



picture alliance / dpa / Robert Schlesinger

In der DDR beide systemkonform. Allen als Lehre: Gegen **Partei und Regierung** opponiert(e) man besser nicht!

Wer sind wir?

Wir sind Deutsche, die in der Zeit des geteilten Deutschlands der DDR den Rücken gekehrt haben. Wir haben damals nichts mitgebracht außer unsere beruflichen Fähigkeiten und unseren festen Willen, uns in unsere neue Gemeinschaft einzufügen.

Unsere Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland ist nach geltendem deutschen Recht vollzogen worden.

Unsere DDR-Berufsjahre wurden durch das deutsche Sozialrecht anerkannt und bildeten den Grundstock für die spätere Altersversorgung. Diese Anerkennung wurde jedoch ohne gesetzliche Grundlage nach der Wiedervereinigung nicht mehr berücksichtigt.

(...) Übersiedler werden in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich so behandelt, als ob sie ihr gesamtes Arbeitsleben in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt hätten.

(...)
Solange Deutschland noch geteilt war, waren wir willkommen. Zeigte doch die „Abstimmung mit den Füßen“ den Charakter des real existierenden Sozialismus in der DDR.



Damit gilt die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration mit Fug und Recht als Wegbereiter der deutschen Wiedervereinigung. Im wiedervereinten Deutschland werden wir heute dafür bestraft, und zwar durch Missbrauch des Sozialrechts.

Aus der Ehrenerklärung des Deutschen Bundestages vom 17. Juni 1992:

„(...) Der Deutsche Bundestag verneigt sich vor allen Opfern kommunistischer Unrechtsmaßnahmen. Er bezeugt all jenen tiefen Respekt und Dank, die durch ihr persönliches Opfer dazu beigetragen haben, nach über 40 Jahren das geteilte Deutschland in Freiheit wieder zu einen. (...)“

Es gibt keinen parlamentarischen Vorgang, der die Rechtspositionen der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die schon lange vor dem Fall der Mauer Bürger der alten Bundesrepublik Deutschland waren, noch einmal zur Disposition stellt.

Ottmar Schreiner (†), SPD, 2012 vor dem Bundestag:



„(...) Es gab keine Lesung im Parlament, keine Ausschussunterlagen. Kein Abgeordneter kann sich an einen derartigen Vorgang erinnern. (...)

Aber niemand war sich der Tragweite der damaligen Regelungen, die in verklausulierter, versteckter Form irgendwo untergebracht worden sind, in Wirklichkeit bewusst. (...)“

Norbert Blüm, CDU, Sozialminister 1982 bis 1998, in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage vom 15.08.2012:



„Niemand hat seine Fremdretenansprüche verloren. Die Ansprüche blieben erhalten. (...)“

Martina Bunge, DIE LINKE, 2012 vor dem Bundestag:



„Die DDR-Altübersiedler waren zum Zeitpunkt ihres Übertritts eindeutig Bundesbürger mit allen Konsequenzen; das kann nicht nachträglich umgewandelt werden. Rechtspositionen kann man nicht je nach Zweck oder Anlass wechseln. Das ist Willkür.“

Aberwitz der Geschichte im wiedervereinten Deutschland! Ausgerechnet die SED Nachfolgepartei DIE LINKE formuliert den Sachverhalt politisch, historisch korrekt!

In einer einstimmig gefassten **Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses** des Deutschen Bundestages, welche am 27.06.2012 an die Bundesregierung überwiesen wurde, wird eine Neuregelung der Renten für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR gefordert.

Ursula von der Leyen, CDU (2009 bis 2013 Sozialministerin), sah keinen Handlungsbedarf. Im Gegenteil: In der Mitteldeutschen Zeitung war am 27.05.2011 zu lesen:



Die Ministerin blockt SPD-Antrag ab. „Politische Häftlinge (...) zum Teil freigekauft - mit Summen von bis zu einer Million D-Mark (...). Wenn man Letztere gegenrechnen, brauche man über zusätzliche Forderungen bei der Rente gar nicht mehr zu reden“.

Sie hätte aber wissen müssen und können, dass diese eben keine zusätzlichen Forderungen sind.

Sie hätte aber wissen müssen und können, dass diese eben keine zusätzlichen Forderungen sind.

Auch ein Aberwitz der Geschichte. Die Union, die sich als Partei der Wiedervereinigung feiern läßt, läßt durch ihre Ministerin ausrichten, daß die Diskriminierung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge gewollt ist.

Wolfgang Schäuble, Kabinettsmitglied der Regierung Kohl 1984 bis 1991, Verhandlungsführer der Bundesrepublik Deutschland beim Einigungsvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR schrieb am 28.04.2008:



„An Beschlüsse über die Neubewertung der rentenrechtlichen Situation von Übersiedlern während der Verhandlungen zum Einigungsvertrag kann ich mich nicht erinnern.“

Seine Worte im Bundesrat am 23.11.2012: *„Es gehört zu dem erreichten Stand europäischer Rechtstradition, dass Gesetze nicht rückwirkend zum Nachteil Betroffener geändert werden dürfen.“*